Jugend im Volk

Beilage der Deutschen Rundschau in Polen | 15. 11. 1936 | Nr. 45

Appell der deutschen Volksjugend in Oberschlesien

an die Führer der Polnischen Republik.

Die unerträglich auf der oberschlesischen deutschen Jugend lastende Not, sowie die organisatorischen Schwierigkeiten, die sich ganz besonders in letzter Zeit wieder häuften, veranlaßten die **Jugendführer der Deutschen Volksjugend Oberschlesiens**, die Vertreter der deutschen Jugend aus allen Kreisen des oberschlesischen Teils der Wojewodschaft Schlesien zu einer öffentlichen Kundgebung zusammen zu rufen.

In dieser Kundgebung, die am 12. November 1936 in Kattowitz stattfand, und an der etwa 600 Vertreter der männlichen und weiblichen deutschen jungen Generation teilnahmen, sind grundsätzliche Referate über die wirtschaftliche Not und über die organisatorischen Schwierigkeiten gehalten worden, die in ihrem Inhalt derart erschöpfendes und aufklärendes Material bringen, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Die Vertreter der deutschen Volksjugend Oberschlesiens legten bei dieser Kundgebung, an der die Führer der wesentlichsten deutschen Organisationen teilnahmen, in geschlossener Einmütigkeit und in feierlichster Form ein machtvolles **Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zum Polnischen Staat** ab, das sie dem Herrn Staatspräsidenten und dem Herrn Ministerpräsidenten zugleich mit einer Petition überreichen werden. In dieser Petition werden nochmals die Nöte und Sorgen der jungen deutschen Generation geschildert und der Herr Staatspräsident, sowie auch der Herr Ministerpräsident voller Vertrauen gebeten, einen bevollmächtigten Beauftragten zu bestimmen, der die wirtschaftlich und organisatorisch schwierige Lage der deutschen jungen Generation prüft und im Verein mit den maßgeblichen polnischen und deutschen Faktoren in Schlesien zur Zufriedenheit beider Parteien klärt.

Die machtvolle Kundgebung, bei der die drei Referenten andauernd durch stürmischen Beifall unterbrochen wurden, klang aus in der unerschütterlichen und zuversichtlichen Hoffnung, daß die höchsten Staatsstellen den Wünschen und Sorgen der deutschen Jugend Oberschlesiens das gebührende Verständnis entgegenbringen werden.

*

Als erster Redner sprach Kamerad **Günter Rinke**, der die

wirtschaftliche Lage der deutschen Jugend

mit knappen Worten, aber dennoch anschaulich beleuchtete. Er führte aus:

Es ist in der letzten Zeit in der polnischen Presse ein Stichwort gefallen, das allen Zynismus in der Polemik gegen das Deutschtum in Polen übertrifft. Auf einen erschütternden Lagebericht in dem Organ der Volksjugend, der „Deutschen Volksgemeinschaft", fand die in Kattowitz erscheinende „Polska Zachodnia" einen Rat für unser Deutschtum, der drückenden Not zu entgehen: Auswandern! Wir haben viele Äußerungen hingenommen, die Lüge und Haß enthielten, wir haben widerlegt, um Unsachlichkeiten zu brandmarken. Wenn aber ein Blatt, dessen Stimme hier in Oberschlesien als offiziös gilt, das ernsthafteste und erschütterndste Problem des Deutschtums und seiner Jugend mit Hohn und Zynismus abzutun versucht, dann finden wir nur eine Charakterisierung dieser Einstellung: Das ist schändliche Niedertracht.

Wenn Tausende von Menschen hungern, wenn Mütter und Väter ihren Kindern nicht mehr das tägliche Brot geben können, dann muß man auf tiefem moralischen Niveau stehen, um diesen Menschen noch das Recht auf ihre Heimat abzusprechen, ihnen nahezulegen, daß sie zu verschwinden haben, weil sie doch nie damit rechnen könnten, hier noch einmal eine Lebensmöglichkeit zu finden.

Wir leben in einem Staat, dessen Vertreter oft genug die Tradition der polnischen Toleranz gerühmt haben, in einem Staat, der es zu schätzen wissen sollte, was Heimat und Volkstum bedeuten. Und wir wollen aus diesem Grunde nicht annehmen, daß er es gutheißt, wenn eine offiziöse Stimme in einem Atemzuge einem bedeutenden Teil seiner Bürger die Lebensrechte abspricht und dann enthusiastisch erklärt, daß Polens Platz nur an der Seite des Rechtes sein könnte. Eine solche Doppelmoral dem Staate zu unterschieben, erscheint in unseren Augen reichlich seltsam.

Wenn wir daher heute uns noch einmal an die Vertreter des Staates wenden, so wollen wir einerseits damit den Beweis geben, daß selbst bei einer solchen offenherzigen Ausdrucksweise in der polnischen Presse unser Vertrauen in das Gerechtigkeitsgefühl des Staates Krisen zu überstehen vermag, die nicht wir heraufbeschworen haben. Andererseits wird es Sache der Stellen, an die wir uns zu wenden beabsichtigen, sein, durch ihre Antwort an uns abzurücken von derartigen Äußerungen, und durch eine gerechte und genaue Prüfung unserer Forderungen unsere Auffassung von der Moral der polnischen Staatlichkeit zu bestätigen.

Mit furchtbarer Deutlichkeit ist es uns zur Gewißheit geworden, daß die deutsche Jugend in unserer Heimat einem Schicksal entgegen geht, wie es unerträglicher nicht mehr sein kann. Der junge deutsche Mensch beendet seine Schulzeit und steht vor dem Nichts. Einer der wichtigsten Erziehungsfaktoren, die Berufsarbeit, geht für den größten Teil verloren. Es ist von keiner Seite heute mehr zu leugnen, daß die Hauptarbeitsquelle, die Großindustrie, dem jungen deutschen Menschen so gut wie versperrt ist. An vielen Beispielen können wir nachweisen, daß das Abgangszeugnis einer deutschen Schule bei der Bewerbung um eine Lehrstelle genügt, um den Jungen nicht einzustellen. Alle Schulentlassenen auf das Handwerk und die freien Berufe abzuwälzen, ist bei der großen Masse der Bewerber und den Schwierigkeiten, mit denen Handwerker und Kaufleute zu kämpfen haben, unmöglich. Und auch hier ist eine Einmischung zu beobachten, die darauf hinzielt, dem jungen deutschen Menschen selbst diese geringe Arbeitsquelle zu verschließen.

In der Zeit der letzten Schuleinschreibungen ist uns manches Schreiben zugebracht worden, das sogar an deutsche Arbeitgeber gesandt war und die Aufforderung enthielt, den deutschen Lehrjungen oder jugendlichen Angestellten zu entlassen, im Gegenfalle müsse er damit rechnen, daß seine eigene Existenz in Gefahr komme. Die Krönung dieser Erpressungsmethode war die Drohung, daß die jungen Menschen, die eine deutsche Schule besuchen, nicht einmal Straßenkehrer oder Kanalarbeiter werden dürften.

Unsere deutschen Gewerkschaften, denen die berufliche Betreuung der Jugendlichen obliegt, sind Zeugen für die Benachteiligung des jungen Deutschen bei den Bewerbungen um eine Arbeitsstelle. Diese Benachteiligung geht einwandfrei aus der Tatsache hervor, daß die amtlichen Statistiken eine Verminderung der Arbeitslosenzahl aufweisen, während die Berechnungen der deutschen Organisationen das traurige Ergebnis bringen, daß die Arbeitslosigkeit unter dem Deutschtum, und besonders in der Jugend, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat größer wird.

Nach einer Berechnung in den Städten Königshütte und Kattowitz sind unter den deutschen organisierten Angestellten, die in den letzten Jahren arbeitslos wurden, etwa 35 Prozent Jugendliche. Dabei ist hier zu beachten, daß die große Zahl der jungen Leute, die überhaupt noch nicht im Beruf gestanden haben, dabei nicht eingerechnet sind, da die Gewerkschaft ja nur solche Menschen erfaßt, die bereits im Beruf stehen.

Um so erschütternder ist unsere Zusammenstellung, die wir auf Grund einer Erhebung in deutschen Jugendorganisationen gemacht haben. Diese Statistik kann durchaus nicht als einseitig betrachtet werden, da der Verein, dessen Mitgliederstand wir hier als charakteristisch anführen, Jugendliche aller Schichten vereinigt.

Schon die Tatsache, daß von den Jugendlichen des Jahrganges 1912, die heute also bereits im 25. Lebensjahr stehen, 16,6 Prozent noch nie in einem Beruf gestanden haben, wirft ein grelles Licht auf den Beschäftigungsstand in unserer Jugend und auf die Verantwortung, die daraus dem Staat und den völkischen Führern dieser Jugend erwachsen.

> Nicht für sich selber ist der Einzelne da, und erst recht nicht kann er Gott und die Welt bemühen, daß er hier oder droben im Himmel seinen Genuß habe, sondern daß er im tapferen Tun das Himmelreich bauen helfe, das die Macht des Guten über das Böse, des Lichtes über die Finsternis, der ordnenden Götter Walhalls über das Chaos der elementarischen Riesen bedeutet. Ob er für diesen Dienst im Glück oder im Unglück steht, ist dem tapferen Manne gleich.
>
> Wilhelm Schäfer.

Beim Jahrgang 1916 hat die Zahl der Jugendlichen, **denen** bisher eine berufliche Betätigung versagt blieb, sich schon verdoppelt. Beim Jahrgang 1918 sind es **bereits an die 50 Prozent.**

Vom Jahrgang 1918 ab, also bei den Jugendlichen, die heute in der Lehre stehen sollten, steigt diese Zahl erschreckend an. Von den jungen Leuten des Jahrganges 1919 sind 60 Prozent noch ohne jede Stelle, vom Jahrgang 1920 schon 86½ Prozent, und vom Jahrgang 1921 ist fast noch niemand untergebracht worden. Hier erreicht die Zahl der Unbeschäftigten 98,8 Prozent.

Von den 18—25 jährigen **Mitgliedern der Bezirksvereinigung Kattowitz des Deutschen Volksbundes** waren im Jahre 1934/35 genau 1376 arbeitslos und nur 59 hatten eine Beschäftigung. In anderen Bezirksvereinigungen, wie etwa in der Myslowitzer, sieht es noch schlimmer aus.

Was soll aus diesen Menschen werden? Die Ungewißheit der Zukunft lastet auf ihnen, ein Gefühl der Minderwertigkeit muß in ihnen wachsen, wenn sie immer und immer wieder zusehen, wie das Leben achtlos an ihnen vorübergeht. Ausgeschaltet aus dem Arbeitsprozeß und damit ausgebootet aus der Schar der Menschen, die im Leben einen Zweck erfüllen, muß sie Verbitterung erfüllen. Wieviel Menschen gibt es, die ein arbeitsreiches Leben hinter sich haben und dann, wenn sie im Alter die physische Kraft zur Weiterarbeit nicht mehr aufbringen, moralisch zusammenbrechen, weil ihnen einfach der Halt der Arbeit fehlt, weil sie empfinden, daß mit dem Ende der Arbeitskraft auch ihr Dasein sich erfüllt hat. Und doch können sie auf eins zurückblicken: Auf ihre Leistung im Leben, die ihnen das Recht gibt zum Ausruhen.

Ein junger Mensch aber, der eben erst ins Leben tritt und schon zu spüren bekommt, daß er nicht gebraucht wird, daß die Kraft seiner Arme und seines Geistes mißachtet wird, muß der nicht moralisch zu Grunde gehen und Elementen in die Hände fallen, deren Tätigkeit dem Staat gefährlich ist, die bei einer immer größer werdenden Zahl gar seine Existenz bedrohen können?

Wir sehen diese Tatsachen seit langem. Und deshalb werden wir alles unternehmen, was dazu verhelfen kann, diese Menschen herauszureißen aus der Verzweiflung, in die sie die Trostlosigkeit ihres Alltags versetzt. Wenn man das auch nicht anerkennen will, wenn man auch auf polnischer Seite verzichten wollte auf diese Menschen, **wir selbst werden nie Verzicht leisten und mit der letzten Kraft versuchen, Mittel und Wege zu finden, der deutschen Jugend aus ihrer Not herauszuhelfen. Auch nicht einer dieser jungen Menschen darf uns verloren gehen.** Nicht ein einziger soll allein stehen in seiner Verzweiflung, sondern wissen, daß seine Kameraden zu ihm stehen, als eine Gemeinschaft, die sich zu den Pflichten bekennt, die sie der Umwelt und dem Staat gegenüber hat, aber die mit aller Energie und Zähigkeit auch dem Recht nachstrebt, das ihr zukommt.

Aus der Tatsache, daß die materielle Not die Jugend den staatszersetzenden Elementen in die Arme treibt, ergibt sich für uns die Verpflichtung, dieser Gefahr entgegenzuarbeiten und als Ersatz für die berufliche Tätigkeit den Sinn der Jugend zuzukehren auf die völkischen Aufgaben und staatsbejahenden Pflichten!

Hier zu helfen, statt Schwierigkeiten zu machen, ist sittliche Pflicht!

Der Versammlungsleiter übergab darauf dem Kameraden **Heinz Piontek** das Wort zu seinem Referat:

„Die staatspolitische Einstellung der deutschen Jugend,"

dem wir folgende grundsätzliche Gedanken entnehmen:

„Wir sind, wenn auch Angehörige deutschen Volkstums, Bürger unseres Polnischen Staates, dem wir mit den gleichen Pflichten und Aufgaben wie die Bürger polnischen Volkstums dienen, von dem wir jedoch auch die gleichen Lebensrechte fordern wie jene. Dieses Recht zum Leben und Wirken innerhalb der Grenzen unseres Polnischen Staates kann nicht nur ein formal-juristisches sein, das in der Verfassung zum Ausdruck kommt, sondern es ist in allererster Linie sittlich und moralisch begründet und muß höher stehen als der formale Buchstabe.

Das Recht auf Arbeit und Brot ist allgemeines Menschenrecht.

Und unsere Forderung, uns als Deutsche organisatorisch zusammenschließen zu dürfen, ist nicht nur verfassungsmäßig und vereinsgesetzlich rechtlich begründet, sondern es ist im Hinblick auf die hohe Aufgabe und die sittlichen Ziele auch moralisch fundiert.

Es liegt ja gerade in dieser wirtschaftlichen Notzeit im Interesse der staatspolnischen Allgemeinheit, daß wir uns um die jungen Menschen erzieherisch kümmern und sie in eine stets kontrollierbare Gemeinschaft als mitarbeitende und Werte schaffende Glieder einbauen, statt sie auf der Straße verkommen und verludern zu lassen, so daß sie, kraß gesehen, vielleicht einmal staats- und gemeinschaftsgefährliche Subjekte werden, mit denen die Polizei und die Gerichte viel Arbeit haben, oder daß sie, weniger kraß gesehen, ihrer mangelhaften Erziehung im entscheidenden Alter wegen zumindest nicht gerade ausgesprochen positiv eingestellte Staatsbürger werden, auf die der Staat wie auch wir in bezug auf Leistung und staatsbürgerlicher Pflichterfüllung stolz sein könnten.

Wir stellen uns für diese hohe Aufgabe uneigennützig zur Verfügung, und ich glaube, wir haben als gleichberechtigte polnische Bürger sogar ein Recht darauf, **zur Mitarbeit** herangezogen zu werden.

Heute steht man dieser unserer Erziehungsarbeit **an** unseren deutschen jungen Menschen von polnischer Seite aus vielfach noch abwartend, wenn nicht gar ganz schroff ablehnend gegenüber, weil wir diese Erziehungsarbeit **bewußt im deutschen, im völkischen Sinne ausgerichtet** leisten. Wir hoffen aber, daß auch diese Kreise einmal die Gegebenheit der verschiedenen Völker einsehen werden und endlich einmal begreifen werden, daß ein Engländer eben zeitlebens ein Engländer, ein Franzose eben stets ein Franzose bleiben wird, und das man eben **aus einem Deutschen keinen Polen** und aus einem Polen **keinen Deutschen** machen kann und soll. Bei der Verzahnung der verschiedenen Völker gerade hier **im Osten**

Europas würden die Staatsgrenzen, zöge man sie, wie immer man nun wolle, nie mit den Volkstumsgrenzen zusammen fallen. Man muß nun einmal mit den Menschen fremder Volkszugehörigkeit innerhalb der eigenen Staatsgrenzen rechnen. **Und wir sind nun einmal Deutsche der geschichtlichen Herkunft und dem freien Bekenntnisse nach und gehören zur deutschen Kultur- und Sprachgemeinschaft. Dafür können wir nichts, daß wir als Deutsche geboren wurden. Man soll doch begreifen, daß wir auch stolz als Deutsche sterben wollen.**

Diese Gedankengänge sind ja dem polnischen Volke durchaus nicht fremd. Auch der Weltverband der Auslandpolen hat auf dem Kongreß 1934 eine grundsätzliche Erklärung zur Frage der Volksgruppen in fremden Staaten abgegeben, in der es wörtlich heißt:

„In der Einsicht, daß die Bürger fremder Nationalität nützliche Mitglieder der staatlichen Gemeinschaft, der sie angehören, sein können, wenn ihnen die Möglichkeit zur Nutzung aller Rechte und zur Pflege ihrer Kultur gegeben ist und wenn sie keinerlei Verfolgungen sozialer und wirtschaftlicher Art ausgesetzt werden, erinnert die Tagung an das schöne und weise Losungswort des historischen Polens: „Frei mit den Freien, gleich mit den Gleichen! In diesem Sinne wendet sich der zweite Kongreß der Auslandpolen an alle Staaten und Nationen mit der Aufforderung, in allen Ländern jedem Bürger ohne Rücksicht auf seine Nationalität die volle tatsächliche bürgerliche Gleichberechtigung zu gewähren und die ganze Freiheit unbehinderter Entwicklung aller Kulturwerte seines Volkstums Die Tagung spricht die Überzeugung aus, daß die Verwirklichung dieses Grundsatzes eine der Hauptparolen der heutigen Zeit ist, die die Staaten und Völker einer besseren Zukunft entgegenführen sollte, gestützt auf die schöpferischen, unzerstörbaren geistigen Werte."

Soweit der Weltverband der Auslandpolen.

Die gottgewollte Volkszugehörigkeit, die Menschen mit Gewalt nicht ändern sollen und ungestraft auch nicht ändern können, hindert uns doch in keiner Weise daran, aufrichtige und ehrliche Staatsbürger zu sein.

Man versucht zwar immer wieder, uns eine illoyale Haltung zu unterschieben, man klärt den Begriff der Loyalität nie ganz erschöpfend und bezeichnet oft ein natürliches und selbstverständliches volksdeutsches Bekenntnis als staatsgefährliche Illoyalität, man versucht zuweilen uns zu provozieren, um einen angeblich rechtlich fundierten Grund für die Ablehnung unserer Mitarbeit am Staatswohl und Staatsganzen zu finden. Aber wir werden uns nicht irre machen lassen. Wir wissen, daß wir, unbeschadet unserer deutschen Volkszugehörigkeit, gute polnische Staatsbürger sind und auch stets unsere staatspolitischen Pflichten gewissenhaft erfüllen werden.

Um nun ein für alle Mal diesen hier und da auftauchenden Gerüchten von unserer angeblichen illoyalen und staatsverneinenden Haltung zu begegnen, wollen wir, die hier versammelten Vertreter der deutschen Jugend in der Wojewodschaft Schlesien, in feierlicher Form ein Bekenntnis ablegen, ein Bekenntnis zu unserem Volke und zu unserem Staat. Ich fordere Euch, meine Kameraden und Kameradinnen, nun also auf, Euch zu diesem feierlichen Akt von den Plätzen zu erheben und Haltung einzunehmen und mit mir, Satz für Satz, gemeinschaftlich, klar und deutlich zu bekennen:

Unser Bekenntnis zu Volk und Staat.

Wir, die Vertreter der deutschen Jugend aus allen Kreisen unserer oberschlesischen Heimat, in Kattowitz am 12. November 1936 versammelt, bekennen hiermit frei und offen vor Gott und der Welt,

daß wir Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen,

daß wir als solche lebendige Glieder der gottgewollten Bluts- und Schicksalsgemeinschaft unseres deutschen Volkes sind,

daß wir uns uneingeschränkt dem deutschen Kulturkreis zurechnen,

daß wir die geschichtlichen Gegebenheiten in unserer Heimat ohne Falsch und ohne Einschränkung, als Menschen, die auf dem Boden der Tatsachen stehen, anerkennen,

daß wir uns demnach also, auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehend, unserer Pflichten als polnische Staatsbürger jederzeit in unbedingter Loyalität bewußt sind und unsere Pflichten erfüllen werden,

daß wir, unbeschadet unseres deutschen Bekenntnisses, in staatsbürgerlicher Treue und in achtunggebietendem Gehorsam zum Präsidenten der Republik, Herrn Professor Ignacy Moscicki, zum neuen Führer des polnischen Volkes, Marschall Smigly-Rydz und zum Chef der Polnischen Regierung, dem Herrn Ministerpräsidenten, als den Lenkern und Führern unseres Polnischen Staates vertrauensvoll stehen.

Das ist **unser unerschütterliches Bekenntnis**, zu dem wir heut wie immer stehen werden. Ich ersuche Euch weiter, stehen zu bleiben, um auch unseren neuen Marschall zu grüßen. Wir wollen den neuernannten Marschall Polens dem der Herr Staatspräsident am Vorabend zum Unabhängigkeitstage den Marschallstab überreicht hat, gemäß unserem deutschen Brauchtum alle gemeinsam mit dem deutschen Gruße ehren. — Die deutsche Jugend Oberschlesiens entbietet dem Marschall Śmigly-Rydz Glückwünsche und Gruß. —

Unser Bekenntnis ist verklungen, aber es wird bleiben ein ehernes Zeugnis unserer Auffassung von Staat und Volk. Wir haben mit diesem Bekenntnis dokumentiert, daß sich unsere deutsche Volkszugehörigkeit durchaus in Einklang bringen läßt zu unseren Pflichten und Aufgaben als loyale polnische Staatsbürger, ohne daß wir eine seelische Gewissensbelastung durchzumachen brauchen, und ohne daß auch dem Staat irgend ein Abbruch getan würde. Nach diesem Bekenntnis stelle ich also fest, daß sich die heute hier versammelten Vertreter der deutschen jungen Generation aus allen Kreisen Oberschlesiens im Namen der gesamten deutschen Jugend mit diesem unserem Bekenntnis identifizieren.

Wir haben nun die Absicht, unser **Bekenntnis** zum **deutschen** Volkstum als auch zum Polnischen Staat dem Herrn Staatspräsidenten wie auch dem Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu bringen. Gleichzeitig jedoch wollen wir dem Herrn Staatspräsidenten wie auch dem Herrn Ministerpräsidenten eine **Petition** überreichen, in der wir die ganze in dieser öffentlichen Kundgebung zur Sprache gekommene Notlage der deutschen Jugend Oberschlesiens zusammenfassend schildern und uns vertrauensvoll um Abhilfe an diese höchsten Staatsstellen wenden.

Voller Vertrauen haben wir Monat um Monat gewartet, daß behördlicherseits Schritte unternommen werden, um dem wirtschaftlichen Elend unter der deutschen Jugend Oberschlesiens zu steuern. Und wenn uns nun auch noch die organisatorischen Möglichkeiten, die deutsche Jugend zusammenzufassen, genommen werden sollen, wenn man uns, als den verantwortlichen Führern der deutschen Jugend, die Möglichkeit nimmt, durch planmäßige, alle Lebensgebiete und alle Kreise umfassende Erziehungsarbeit die verheerenden moralischen und sittlichen Auswirkungen der Arbeits- und Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen wenigstens einzudämmen, dann bleibt uns eben nur noch

dieser letzte Notschrei an die höchsten Staatsstellen.

Wir können und wollen nicht schweigend und untätig zusehen, wie die Zahl derer unter den deutschen Jugendlichen immer mehr wächst, die nicht die Möglichkeit haben, eine Lehr- und Brotstelle zu finden. Wir können und wollen nicht schweigen, daß man uns nicht die Möglichkeit einer positiven Beeinflussung auf die Jugendlichen gibt, uns aber andererseits für die immer größer werdende Demoralisierung, für die immer stärker sich bemerkbar machende staatsverneinende und gemeinschaftzerstörende Haltung und Einstellung verantwortlich macht und machen wird.

Wenn wir unsere Sorgen dem Herrn Staatspräsidenten und dem Herrn Ministerpräsidenten vortragen, so nur aus dem moralischen und staatsbürgerlichen Pflichtbewußtsein heraus, denn wir sehen heute schon die verhängnisvollen Auswirkungen der bolschwistischen Zersetzungsarbeit, auch unter den deutschen erwerbslosen Jugendlichen. Andererseits sehen wir aber auch ganz deutlich, daß allen unseren Bemühungen, auf diese Jugendlichen im deutschvölkischen und staatsbejahenden Sinne erzieherisch einzuwirken, immer neue Schwierigkeiten bereitet werden, die uns heute zwingen, in aller Öffentlichkeit warnend und mahnend unsere Stimme zu erheben.

Der Polnische Staat braucht staatsbejahende Bürger, die aufbauwillig am gesamten Staatswohl mitarbeiten. Wir Deutsche stellen unsere Kraft, unser Können und unseren Willen vorbehaltlos dem Staat und seiner Gemeinschaft zur Verfügung. Wir werden aber oft immer nur schnöde abgewiesen.

Eine derartige Haltung uns Deutschen gegenüber, die hier in unserer Heimat vor allen Dingen durch eine von der polnischen Presse geschürten deutschunfreundlichen Atmosphäre bedingt ist, ist aber kaum geeignet, unter der Jugend eine positive Staatsauffassung zu festigen. Um aber das Zusammenleben der beiden Volksteile in unserer Heimat, des deutschen und des polnischen, nicht unnötig zu erschweren, um die Deutschen nicht gegen ihren Willen in eine staatspolitische Opposition zu treiben, muß alles geschehen, damit diese Haltung, damit dieses Gefühl wieder ausgemerzt wird. Wir wollen und werden unser Teil dazu beitragen. Wir bitten die maßgeblichen Stellen, uns dabei behilflich zu sein.

Der Redner brachte sodann den Wortlaut der Entschließungen zur Abstimmung, die an höchster Stelle in Warschau überreicht werden sollen. Der Wortlaut wurde einstimmig angenommen.

Zum Schluß sprach noch — stürmisch begrüßt — Kamerad Zeller über die kulturell-organisatorische Lage der deutschen Jugend in Ost-Oberschlesien. Wir möchten heute aus Raummangel davon absehen, auch dieses aufschlußreiche Referat unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Wir behalten uns jedoch eine spätere Besprechung vor

---

Man soll nur keinem Menschen und keiner Macht zugestehen, einem die Lust am Dasein zu nehmen. Diesen Gefallen soll man niemandem tun, der seinerseits Gefallen daran findet. Der Mensch steht, Gott sei Dank, von Natur aus auf seinen Hinterbeinen. Daran soll man sich halt erinnern, wenn uns irgendwer oder irgendwas auf die Knie niederzwingen möchte.

Rudolf G. Binding.

Germanen überschritten als erste den Rubicon.

Cäsars zehnte Legion bestand zur Hälfte aus germanischen Hilfstruppen. — Jubellieder auf die „lockentragenden Ubier".

In der großen Friedensbotschaft, die Mussolini dieser Tage vor den Schwarzhemden der Zehnten Legion an die Welt richtete, bezeichnet er den Geist des Faszismus als den gleichen, der Julius Cäsars Lieblingslegion beherrschte und das Römische Imperium begründete.

Der Hinweis des Duce auf die Zehnte Legion des großen Römers ist für uns Deutsche in vielerlei Hinsicht von Interesse, denn mit dem Schicksal dieser Legion und des ersten Römischen Imperiums war auf das engste das Blut der ersten germanischen Krieger verknüpft, die als auxiliari dieser Legion angehörten und nach damals aufkommendem Brauche zahlenmäßig ebenso stark im Legionsverbande waren, wie die römischen Soldaten.

Sie waren nach dem Urteil römischer Zeitgenossen Cäsars engste und treueste Begleiter bei allen entscheidenden militärischen Handlungen — am Rubicon, bei Pharsalus und in Spanien — und haben daher ihrem großen Feldherrn die Alleinherrschaft in Rom in entscheidender Weise miterkämpft.

Linksrheinische Germanen, Bataver, Ubier, Treverer und Vangionen waren es in der Hauptsache, die als erste freie germanische Krieger, Edelinge und Fußvolk, Cäsar diesen Waffendienst leisteten. Cäsar selbst schätzte besonders ihre Reiter wegen ihres Kampfesmutes und ihrer Treue sehr hoch ein und leitete nicht zuletzt aus ihrer Waffenhilfe seine Siegeszuversicht im Kampfe gegen Pompejus ab.

*

Diese germanischen Soldaten zogen mit dem römischen Feldherrn vom Rhein nach Italien, als er den großen Kampf um die Macht im Reiche mit Pompejus, dem „zweiten Alexander", aufnahm. Als Cäsar am Rubicon eintraf, dem Schicksalsfluß, der die ihm zugewiesene Provinz vom eigentlichen Italien trennte, stand als erste Truppe seine treue Zehnte mit ihren germanischen Kohorten an seinem Ufer und wartete auf den Befehl, den Fluß zu überschreiten. Sie gingen als erste über ihn und haben sich dann nicht mehr von Cäsar getrennt. Sie zogen mit ihm in Rom ein und setzten in Sturm und Kriegsgetöse nach Griechenland über, wo sie im Jahre 47 vor unserer Zeitrechnung in Thessalien bei Pharsalus mit wuchtigen Schlägen Roms Schicksal auf die Spitze ihrer Schwerter und Lanzen stellten und die siegreiche Entscheidung gegen das doppelt so große Heer des Pompejus herbeiführten.

*

In dieser das Schicksal des Imperiums bestimmenden Schlacht vertraute Cäsar den sechs germanischen Kohorten die wichtigste strategische Aufgabe an, indem er sie mitsamt der zehnten Legion gegenüber der zahlenmäßig siebenfach überlegenen feindlichen Reiterei aufstellte, damit sie den erwarteten Vorstoß auffingen und erwiderten. Er selbst begab sich während der Schlacht in den Schutz dieser treuesten Truppe.

Und sie erfüllte die Erwartungen ihres Feldherrn. Wie eine eherne Mauer fing sie den Anprall der Reitermassen auf und schlug dann in unaufhaltsamem Vordringen die ganze feindliche Macht. Die Bataver stachen nach ihrer alten Sitte und nach dem an sie ergangenen Befehl des Cäsar mit ihren spitzen Schwertern nur nach den Gesichtern der Gegner, die sich vor dieser ungewohnten Kampfesweise, dem Brüllen der Büffelhörner und den dröhnenden Kriegsgesängen entsetzt und regellos zur Flucht wandten.

Pompejus, vor dem einst die ganze Welt gezittert hatte, floh gleich bis nach Ägypten, wo er seinen ruhmlosen Tod fand.

Der römische Geschichtsschreiber Florus bestätigt, daß Cäsar der ungestümen Tapferkeit seiner germanischen Truppen den Sieg und, da dieser den Untergang des Pompejus bedeutete, auch die Alleinherrschaft in Rom verdankte.

Auch das römische Lied verherrlichte damals die germanischen Sieger, Lukan besang begeistert die „lockentragenden Ubier, die die Ufer des Rheines verließen, die Nemeter und die Vangionen mit ihren weiten Hosen und die trotzigen Bataver, die mit gewundenem Erz schmetternde Tuben anfeuern . . ."

Von Pharsalus zog Cäsar mit seinen Truppen, unter ihnen wieder die Zehnte mit ihren germanischen Kohorten, nach Ägypten, wo sie im Kampfe gegen die Pompejaner neuen Ruhm erwarben. Auch in Spanien entschied die Zehnte, als schon alles verloren schien, in der blutigen Schlacht bei Munda den Sieg Cäsars über die Söhne des Pompejus.

Damit war der Weg frei für den einheitlichen Aufbau des Imperiums, wie es Julius Cäsar Oktavian und den Kaisern hinterließ. Die deutsche Hilfsbereitschaft vor nunmehr fast 2000 Jahren hatte entscheidenden Anteil an jener welthistorischen Entwicklung.

Dr. G. H.

Das 20. Jahrhundert im rostfreien Stahlgewölbe.

Vorsorge für die Geschichtsforschung im Jahre 7936.

Ein amerikanischer Professor beabsichtigt, in einem Kellerraum unter seinem Universitätsgebäude nach Art der ägyptischen Grabkammern ein Museum des 20. Jahrhunderts auszubauen, das für spätere Jahrtausende versiegelt und verschlossen werden soll. Der Gelehrte hat bereits damit begonnen, im Untergeschoß seiner Universität einen absolut wasserdichten Raum unmittelbar in den felsigen Erdboden zu sprengen, der eine Art von modernem Schatzgewölbe abgeben soll. Es ist beabsichtigt, das Gewölbe nach seiner Fertigstellung mit rostfreiem Stahl auszulegen und außerdem mit Gas zu füllen, so daß alle dorthin gebrachten Gegenstände gut erhalten bleiben. Um die nötigen Erinnerungsstücke an unsere Zeit für das seltsame Schatzgewölbe zusammen zu tragen, hat der Professor auch einen Aufruf erlassen, der sich an alle Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Menschenfreunde richtet und in dem genaue Angaben über die Spenden gemacht werden, die erwünscht sind. Zunächst einmal soll alles, was zu unserer Nahrung gehört, in die Kammer kommen, nicht zu vergessen Kaugummi. Weiter sollen Zeugnisse unserer Sportübungen niedergelegt werden. Ferner Beschreibungen und Abbildungen unserer Architektur, unserer Möbel, Maschinen, Druckpressen, Automobile, Schreibmaschinen und was sonst dazu gehört. Die Modelle sollen aus rostfreiem Stahl gefertigt sein, damit sie mindestens sechstausend Jahre halten. Auch an ein modernes Konversationslexikon ist gedacht, das auf besonders haltbarem Pergament, mit unzerstörbarer Farbe gedruckt werden müßte. Das Werk soll entweder in einen luftleer gemachten Behälter eingelötet werden oder in einen Sonderraum, der mit konservierendem Gas gefüllt ist. Und auch ein Grammophonapparat mit Schallplatten soll nicht vergessen werden, damit die späteren Menschen die Stimmen unserer führenden Persönlichkeiten studieren können.

„Während der letzten hundert Jahre", bemerkt der Professor in seinem Aufruf, „hat die Wissenschaft Millionen von Dollar ausgegeben, um vielleicht irgend einen alten Scherben, einige an der Sonne getrocknete Ziegel oder ähnliches aus der Erde herauszubuddeln. Man hat von diesen Zeugnissen längst vergangener Zeiten die Lebensgewohnheiten der früheren Menschen und die Zustände der Staaten, in denen sie lebten, abgelesen. Wir müßten nun das erste Geschlecht der Menschheit sein, das bewußt der Zukunft einen Bericht über seinen Lebenszuschnitt und seine geistigen Eigentümlichkeiten hinterläßt."

Wie nun aber, wenn im Jahre 7936 die Menschen für unsere „graue Vorzeit" kein Interesse mehr haben? So unwahrscheinlich sollte das dem amerikanischen Gelehrten nicht sein, da er selbst ja sein Interesse schon nur noch der Zukunft widmet. Dann wäre die ganze Mühe und der gewiß für uns näher angehende Dinge gut zu verwendende Kostenaufwand umsonst gewesen.

Die Fortsetzung der Beiträge „Der Wandale" von Friedrich Just und „Die Leistungen unserer Volksgruppe auf geistigem Gebiet" von Alfred Lattermann können infolge Platzmangels diesmal nicht veröffentlicht werden. Sie erscheinen später.

Die Schriftleitung.